

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Christine Kamm, Claudia Stamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Anne Franke, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Maria Scharfenberg, Theresia Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Transparenz, Klarheit und professionelles Projektmanagement beim Digitalfunk

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Einführung des Digitalfunks umgehend

- ehrlich die bisherigen Planungsfehler offen zu legen, um sie korrigieren zu können;
- Höhe und Ursachen der bisher verursachten unnötigen Mehrkosten offenzulegen;
- darzulegen, durch welche Schritte die bisherigen „konzeptionellen Schwächen“ überwunden werden sollen;
- darzulegen, wer die Verantwortung dafür trägt, dass verschiedene Kostenbestandteile von Anfang an nicht Eingang in die Gesamtkostenberechnung gefunden haben oder wider besseres Wissen deutlich zu gering angesetzt worden sind, und die Fehlannahmen zu korrigieren;
- aufzuzeigen, wie künftig ein professionelles, sachgerechtes Projektmanagement hergestellt werden kann;
- ab sofort eine ausreichende Kontrolle der Fortführung dieses Projektes durch die Staatsregierung wahrzunehmen;
- einen ehrlichen Zeit- und Kostenplan zu erarbeiten und dem Landtag zur Beratung vorzulegen;

- eine ausreichende Notstromversorgung sicher zu stellen;
- die Frage des Funkbetriebs in größeren Gebäuden vollständig klären und die mögliche Kostenbelastung Dritter offen zulegen;
- offenzulegen, in welchem Umfang und bis wann und in welchen Bereichen der bisherige Analogfunk aus Sicherheitsgründen aufrechtzuerhalten ist, und welche Kosten hierfür entstehen;
- die bisherigen Kostenvereinbarungen mit den Kommunen und den Rettungsdiensten nicht zu Lasten Dritter in Frage zu stellen;
- auf eine 800.000 Euro teure Imagekampagne zu verzichten und statt dessen die gravierenden Fehlannahmen und konzeptionellen Versäumnisse endlich zu beseitigen.

Begründung:

Anfang 2007 antwortete die Staatsregierung auf eine unserer Anfragen, dass die Gesamtkosten in Bayern für Staat, Kommunen und Rettungsdienst sich auf 749 Mio. Euro beliefen und auf einer Schätzkostenberechnung des Bundes vom Mai 2005 beruhten. Aus bayerischer Sicht seien die Kostendaten tragfähig. Der bundesweit vereinbarte Zeitplan sehe nach wie vor eine Realisierung in den Jahren von 2007 bis 2010 vor.

Durch die Herangehensweise der Staatsregierung und der mit dem Netzaufbau beauftragten Firma kam und kommt es in Bayern jedoch seither zu immer neuen Verzögerungen und drastischen Kostensteigerungen auf 772,6 Mio. Euro (2009) auf 920,4 Mio. Euro (2010) und nunmehr geschätzten 1,07 Mrd. Euro (2012), ohne dass alle erkennbaren Kosten vollständig eingerechnet wurden und ohne dass Klarheit besteht, wann und ob der BOS-Digitalfunk landesweit funktionsfähig sein wird.

Bei den vielen von der Landtagsopposition angeforderten Berichten versuchte die Staatsregierung u.E. bisher, dem Landtag wesentliche Probleme zu verheimlichen. Seit Jahren verspricht man uns, dass der Digitalfunk bei der Münchner Polizei in wenigen Monaten in den Einsatzbetrieb gehen werde. Statt Probleme zu verheimlichen, müssen die Probleme angegangen und gelöst werden.